



SparkassenVerband Baden-Württemberg
Postfach 10 54 63 · 70047 Stuttgart

Gesprächspartner	Michael Oswald Jürgen Schmid Dr. Ingo Stader
Telefon 0711 127-	77877 77901 77853
Telefax 0711 127-	77943
E-Mail	michael.oswald@sv-bw.de juergen.schmid@sv-bw.de ingo.stader@sv-bw.de
Datum	30. Januar 2007

Pressemitteilung

„Unzumutbar für die Bürger sind nicht Re- formen, sondern Stillstand und Rückschritt“

SVBW-Präsident Schneider zur Einschätzung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Stuttgart, 30. Januar 2007. Auf der Jahrespressekonferenz des Sparkassenverbandes Baden-Württemberg (SVBW) gab Peter Schneider, Präsident des SVBW, eine Einschätzung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

Rückblick auf 2006

Im Jahr 2006 erreichte das Wachstum des **Bruttoinlandsprodukts** in Deutschland preisbereinigt mit + 2,5 % den höchsten Wert seit dem Boomjahr 2000 und übertraf den Vorjahreswert von + 0,9 % deutlich. Unter Ausschaltung des Kalendereffekts – im Jahr 2006 standen zwei Arbeitstage weniger zur Verfügung als 2005 – ergab sich für das vergangene Jahr sogar eine Wachstumsrate von + 2,7 %. Damit ist das notorische Wachstumsschlusslicht Deutschland bis in das Mittelfeld der Eurozone vorgestoßen und ließ andere große Länder wie Frankreich oder Italien hinter sich.

Verantwortlich für den Wachstumsschub in Deutschland war, dass im Gegensatz zu den letzten Jahren die Wachstumsimpulse nicht nur aus dem Ausland, sondern verstärkt auch aus dem Inland kamen. So führte die ungebrochen boomende Weltwirtschaft weiter zu einem überaus starken **Zuwachs der Exporte** von real + 12,4 %. Unter Berücksichtigung der preisbereinigt um + 12,1 % gestiegenen Importe verblieb ein Wachstumsbeitrag der Außenwirtschaft zum Bruttoinlandsprodukt von + 0,7 %-Punkten. Anders als in den Vorjahren fiel der Wachstumsbeitrag der erstarkten Binnenwirtschaft mit +1,7 %-Punkten diesmal deutlich kräftiger aus.

Maßgeblich getragen wurde die binnenwirtschaftliche Belebung von den Investitionen. Bereits im Jahr 2005 zeichnete sich eine Erholung bei den Investitionen ab. Im vergangenen Jahr gewannen sie dann weiter an Dynamik und konnten mit einem Anstieg der **Bruttoanlageinvestitionen** von real + 5,3 % erstmals seit sechs Jahren wieder im nennenswerten Ausmaß zulegen. Ihr Wachstumsbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt betrug 0,9 %-Punkte. Besonders kräftig zugelegt haben die **Ausrüstungsinvestitionen** (+ 7,3 %), aber auch die **Bauinvestitionen** konnten mit preisbereinigt + 3,6 % im letzten Jahr endlich wieder einen Anstieg verzeichnen und ihre langjährige Talfahrt beenden. Die Investitionen in sonstige Anlagen stiegen um + 5,9 %.

Auch von der größten Verwendungskomponente des Bruttoinlandsprodukts und dem bisher größten konjunkturellen Sorgenkind, dem **privaten Konsum**, gingen im vergangenen Jahr nennenswerte Impulse zur Belebung der Konjunktur aus. Nach zwei Jahren der Stagnation legte der private Konsum real um + 0,6 % zu und verhalf so dem Bruttoinlandsprodukt zu einem Anstieg um 0,3 %-Punkte. Damit begannen die privaten Haushalte, ihre von den unsicheren wirtschaftlichen Perspektiven und der Angst um den Arbeitsplatz getriebene Kaufzurückhaltung der vergangenen Jahre langsam abzulegen. Dadurch fiel auch die nominale Zunahme der privaten Konsumausgaben (+ 2,0 %) seit langem wieder höher aus als der Anstieg der ver-

fügbaren Einkommen der privaten Haushalte (+ 1,7 %). Infolgedessen verringerte sich die Sparquote erstmals seit dem Jahr 2000 leicht von 10,6 auf 10,5 %. Auch die **staatlichen Konsumausgaben** leisteten angesichts der verbesserten Lage der öffentlichen Haushalte mit einem Anstieg um real + 1,7 % einen Beitrag zur Belebung der Binnen- nachfrage.

Die **Preisentwicklung** in Deutschland war im Jahr 2006 gekennzeichnet durch einen Rückgang der Preissteigerungsrate. Mit + 1,7 % blieb der Verbraucherpreisanstieg unter dem Vorjahreswert von + 2,0 %. Maßgeblichen Einfluss auf die Preisentwicklung im vergangenen Jahr hatten die um + 8,5 % gestiegenen Energiepreise.

Im Jahr 2006 profitierte auch der **Arbeitsmarkt** von der wirtschaftlichen Besserung. Die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote sank um – 0,9 %-Punkte auf 10,8 %. Die günstigste Situation auf dem Arbeitsmarkt wies, wie bereits in den vorangegangenen Jahren, Baden-Württemberg auf. Im Jahresdurchschnitt lag dort die Arbeitslosenquote bei 6,3 % (Vorjahr 7,0 %). Bundesweit verringerte sich die Zahl der Arbeitslosen um insgesamt – 374 Tausend auf 4,487 Millionen. Im Gegenzug erhöhte sich die durchschnittliche Zahl der Erwerbstätigen um + 258 Tausend auf 39,08 Millionen. Besonders erfreulich war, dass die Beschäftigungszunahme mit + 176 Tausend zum großen Teil sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze betraf.

Entlastend wirkte sich die gute konjunkturelle Entwicklung auch auf die öffentlichen Haushalte aus. Nach vorläufigen Berechnungen betrug das **gesamtstaatliche Finanzierungsdefizit** insgesamt 46,5 Milliarden Euro, bezogen auf das nominale Bruttoinlandsprodukt ergab sich ein Defizit von 2,0 %. Das ist nicht nur der niedrigste Wert seit 2000, es wurde auch erstmals seit 2001 die Obergrenze des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes von 3,0 % eingehalten. Allerdings sollte nach Vorgaben des Paktes in solch guten Konjunkturlagen wie 2006 sogar ein Haushaltsüberschuss erzielt werden. Demzufolge sieht Präsident Schneider noch großen Handlungsbedarf in Sachen Haushaltskonsolidierung, vor allem auf der Ausgabenseite.

Konjunkturelle Perspektiven für 2007

2007 wird nach Schätzungen der meisten Wirtschaftsforschungsinstitute das Wachstum in Deutschland zwar schwächer ausfallen. Aber die grundlegende konjunkturelle Aufschwungtendenz wird sich fortsetzen, so dass trotz der konjunkturellen Belastungen der Binnenwirtschaft von Seiten der Finanzpolitik, insbesondere mit der Mehrwertsteuererhöhung um + 3 %-Punkte, einer erwarteten Abflachung der weltwirtschaftlichen Konjunktur sowie einem Anziehen des Zinsniveaus das Wirtschaftswachstum in Deutschland mit rd. + 1,5 bis + 2 % kräftig bleiben wird.

Präsident Schneider warnte aber davor, angesichts der gut laufenden Konjunktur beim wirtschaftspolitisch dringend erforderlichen Reformkurs die Hände in den Schoß zu legen: „Wenn wir jetzt nicht energisch die notwendigen Reformen auf dem Arbeitsmarkt, im Steuerrecht, bei den Sozialversicherungen, bei der Haushaltskonsolidierung und beim Bürokratieabbau weiter voranbringen, wann dann? Unzumutbar für die Bürger sind nicht Reformfortschritt, sondern Stillstand und Rückschritt. Im Abschwung die Maßnahmen anzupacken, die im Aufschwung verpasst wurden, ist doppelt schmerzhaft.“

Diese Pressemitteilung sowie weitere Informationen zum Sparkassenverband und zur Sparkassen-Finanzgruppe Baden-Württemberg stehen auf unserer Homepage <http://www.sv-bw.de> zum Download zur Verfügung.